

„Ein schwerer Fehler“

Das Versprechen, die Einheit zum Nulltarif finanzieren zu können, galt nur einen Wahlkampf lang: Nun wird kassiert – mit den massivsten Steuererhöhungen der

Geschichte. Und schon jetzt ist fraglich, ob sie reichen, den östlichen Bundesländern zum Wohlstand zu verhelfen. In jedem Fall schaden sie der Konjunktur.

Der Kanzler hatte es sich wieder tüchtig schmecken lassen. Dreimal langte er noch beim Käse zu, dann wandte sich Helmut Kohl, die breite Serviette aus dem Hemdkragen ziehend, an seinen Finanzminister: „Sag mal, Waigel, was bringt denn das jetzt alles zusammen an Bimbos?“ CSU-Chef Theo Waigel, der weniger gegessen, dafür tüchtig dem Wein zugesprochen hatte, gab aufgeräumt zurück: „An die 18 Milliarden in diesem Jahr, 28 Milliarden 1992.“

So fidel ging es in der Nacht zum vorigen Dienstag im Kanzleramt auf einer Sitzung zu, in der die Bonner Koalitionäre ihr bislang dickstes Ding drehten. Belogen und betrogen wurden all jene Wähler, die an die immer wieder bekräftigten Versprechen Kohls und Waigels vor der Bundestagswahl geglaubt hatten, wegen der deutschen Einheit werde es keine Steuererhöhungen geben.

Dreist kassierte die Bonner Regierung mit Aufschlägen auf die Lohn- und

Einkommensteuer, auf die Benzin- und Tabaksteuer, dazu mit Zuschlägen auf die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und mit höheren Telefongebühren weit mehr als jene 25 Milliarden Mark wieder ein, um die 1990 die Bundesbürger bei der letzten Stufe der Steuerreform entlastet worden waren.

Schoben die Regierenden anfangs noch die unvorhersehbaren Mehrausgaben für den Golfkrieg vor, so räumten sie später ein, vor allem die Kosten der Einheit seien höher als erwartet. Kohl: „Ich habe mich eben geirrt.“

Getäuscht hat er auch. Denn alle Kundigen, darunter der Hallenser Hans-Dietrich Genscher und auch der enge Kohl-Vertraute Volker Rühe, hatten den Kanzler vor der Wahl gewarnt, ohne Steuererhöhungen werde es nicht abgehen. Kohl aber wollte sich seinen Wahlkampf der Einheit nicht trüben lassen. „Ein schwerer Fehler“, urteilte selbst der frühere Regierungssprecher und jetzige Bundestagsvizepräsident Hans Klein. Steuererhöhungen vor der

Wahl hätten als „nationales Solidaritätsoffer“ hochgejubelt werden können, „unseren Wahlchancen hätte es mehr genutzt als geschadet“.

Schlimm für Kohl, schlimmer noch für die Deutschen in der Ex-DDR: Auch die vielen zusätzlichen Milliarden, die jetzt für den Aufbau aufgebracht werden, garantieren keineswegs das baldige „Aufblühen der Landschaften“ drüben, das Kohl in jeder Wahlrede prophezeit hatte. Das deutsche Volk bleibt weiterhin geteilt. Den Deutschen-West geht es, nicht zuletzt dank guter Geschäfte nach der staatlichen Einheit, ungewöhnlich gut, den Deutschen-Ost nach der Einheit wider Erwarten überaus schlecht.

Alles rutsche weiter bergab in den fünf neuen Bundesländern, beobachtete der neue Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann. Selbst er – von Amts wegen zu Optimismus verpflichtet – zweifelt an einer raschen Trendumkehr. Die Talsohle sei nicht erreicht, und sie werde breit sein.

Die Steuerlüge

Der Umfaller



Mittwoch, 27. Februar 1991 Nr. 49/91 60 Pf

Werder-Watzenfeldt | Karlsruhe-Frankfurt

1-1 2-2

Häßler wieder nach Köln?

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein Wort gebrochen. Er verspricht, daß nach der Wahl die Steuern nicht erhöht werden. Aber unter dem Druck des Golfkriegs und der wirtschaftlichen Probleme zwischen Ebro und Paderborn...

Kanzler-Darstellung in Bild: „Ich lasse mich doch nicht von einem Blatt da vorführen“

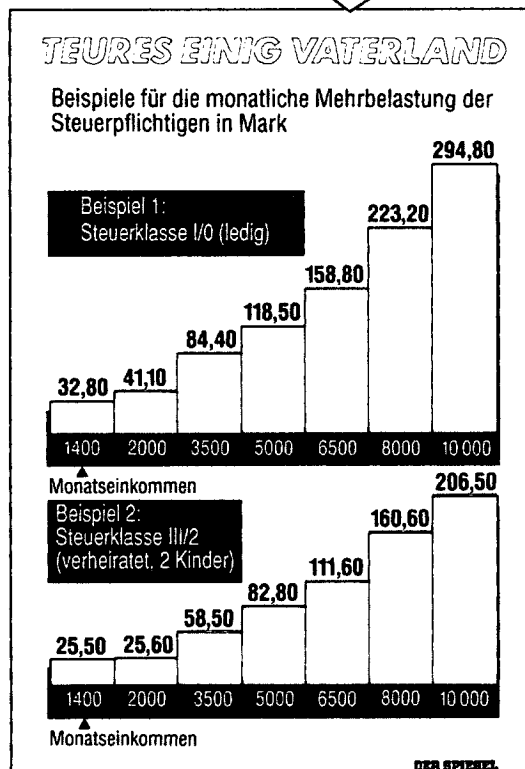
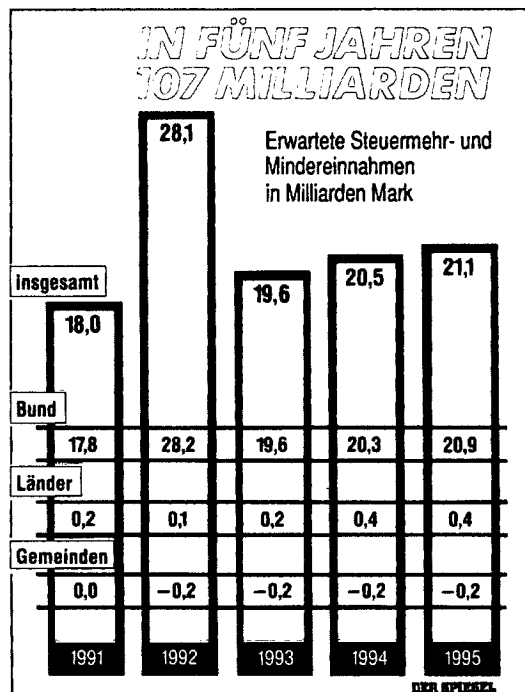
Arbeitsminister Norbert Blüm sieht in der früheren DDR eine Katastrophe voraus. Mitte dieses Jahres, warnte er auf einer CDU-Vorstandsklausur am vorletzten Wochenende seine Parteifreunde, könne drüben etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung arbeitslos sein. Mit drei Millionen, ja dreieinhalb Millionen Arbeitslosen sei zu rechnen – und dies bei über 7 Millionen Erwerbstätigen drüben. Übertragen auf die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik mit ihren 28 Millionen Berufstätigen, malte Blüm den CDU-Vorständlern aus, würde dies 14 Millionen Arbeitslose bedeuten – „und wir sind schon bei zwei Millionen hier in die Knie gegangen“.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sprach, während drüben Zehntausende gegen Bonn demonstrierten, von „neuen Problemen“ für den Verfassungsschutz. Rechts-extremistische Gruppierungen fänden in der Ex-DDR zunehmend Resonanz.

Bei seinem Antrittsbesuch im Zentralbankrat in Frankfurt am vorigen Donnerstag wurde auch Minister Möllemann deutlich: Alle zusätzlichen Fördermilliarden für den deutschen Osten könne „man in der Pfeife rauchen“, wenn nicht vorab einigen Grund-übeln abgeholfen werde.

Möllemann: Zu allererst müsse die Verwaltung in den neuen Bundesländern auf Vordermann gebracht werden – durch massiven Einsatz von Beamten aus Westdeutschland. Dann sei zu überlegen, den bislang insbesondere von der FDP hochgehaltenen Grundsatz umzukehren, daß beim Eigentum „Restitution vor Entschädigung“ gehe. Im Interesse der notwendigsten Wirtschaftsinvestitionen solle jetzt eben, so setzte sich der FDP-Minister in Widerspruch zu seinem Parteivorsitzenden Otto Graf Lambsdorff, die Entschädigung Vorrang haben vor dem Wiederherstellen von rechtmäßigen Eigentumsverhältnissen. Selbst vor einer dafür notwendigen Grundgesetz-änderung, so verstanden die Banker den Minister, würde er nicht zurückschrecken.

Noch ein anderes Investitionshemmnis gehört laut Möl-



lemann schleunigst beiseite geräumt: Der Staat müsse sich klipp und klar zur Kostenübernahme für die Beseitigung sämtlicher Umwelt-Altschäden drüben bereit erklären. Die Unternehmer träten sonst nicht an, das Risiko sei ihnen zu groß.

Über sieben Milliarden Mark längst bewilligter Fördermittel steckten noch, trug Möllemann vor, „in der Pipeline“ und könnten wegen des Verwaltungsnotstands nicht abfließen. Abhilfe ist nicht in Sicht. Die Ministerpräsidenten der elf alten Bundesländer sagten ihren fünf neuen Kollegen vorige Woche beim Treffen in Bonn zwar vorzeitige volle Beteiligung an der Verteilung der Umsatzsteuer zu. Aber massiven Beamteneinsatz konnten sie ihnen nicht versprechen.

Ist eine Zwangsversetzung in die Ex-DDR schon bei Bundesbeamten schwierig, so stößt eine Abordnung von Landesbeamten gegen deren Willen zur Arbeit außerhalb ihrer Landesgrenzen erst recht auf Rechtsbarrieren. So bleibt es bei Appellen an die Beamtenschar, verbunden mit der Lockung, ein DDR-Einsatz werde sich karrierefördernd auswirken. „Die Stimmung drüben lädt sich auch deshalb so schlimm auf“, weiß ein Kohl-Berater, „weil die Behördenvertreter dort meist keine Ahnung haben, welche Hilfen wir jetzt schon den Leuten anbieten.“

Auch um die Erfüllung der anderen Möllemann-Essentials ist es nicht gut bestellt. Die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes steht einem schnellen Verkauf an Investitionswilligen entgegen. Und der Finanzminister scheut davor zurück, für die in die Hunderte von Milliarden Mark gehende Sanierung der Umwelt-Altschäden zu bürgen.

Blüm mahnte im CDU-Vorstand, die Union habe die Wahlen wegen der nationalen Einheit gewonnen. Die soziale Einheit sei noch lange nicht erreicht: „Wenn wir die verspielen, werden wir nicht wieder gewinnen.“

Dazu kommt die Sorge vor bleibenden Imageschäden des Kanzlers. In der CDU-Parteizentrale folgt man nicht der Einschätzung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Hermann Otto Solms, über die Steuererhöhungen werde in zwei Wochen schon nicht mehr geredet. „Das böse Wort von der ‚Steuerlüge‘“, sagt ein hoher CDU-Funktionär voraus, „wird uns noch lange in den kommenden Wahlkämpfen begleiten.“

Auch im Bundeskabinett herrschte am vorigen Mittwoch Beklommenheit. Er habe ja, so einer der Minister, mit keinem freundlichen Presseecho gerechnet. Daß es so verheerend ausgefallen sei, habe ihn nun doch überrascht. Bild hatte an diesem Morgen mit einem auf den Rücken gelegten Konterfei Kohls aufgemacht und dazu

die Überschrift „Der Umfaller“ gewählt. Nun gelte es, lautete der brave Rat des Ministers, weiterem Schaden durch eine Ehrlichkeitsoffensive zu beugen.

Damit war er bei Kohl und Waigel an die Falschen geraten. Er lehne es ab, so der Finanzminister, „mich jeden Tag im Büßerhemd hinstellen und zu sagen, ich habe mich geirrt“. Zwischenruf aus der Ministerrunde: „Einmal würde ja reichen.“ Auch der Kanzler reagierte unwirsch: „Ich lasse mich doch nicht von irgend so einem Blatt, das ich gar nicht lese, da vorführen.“ Ließ er sich doch. Tags darauf stellte er sich entgegen eigener Planung der Presse und suchte seinen Steuercoup zu erklären – wie es ihm *Bild* geraten hatte.

Kohl sinnt seitdem auf Rache. *Bild*-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje,

daß die Steuern – wie vor der Wahl von ihm versprochen – nicht wegen der deutschen Vereinigung angehoben würden.

Der Bundeskanzler machte auf ehrlich. Er habe sich getäuscht über das wirkliche Ausmaß der katastrophalen Zustände in der ehemaligen DDR. Von Umfällen könne aber gar keine Rede sein; wovon sonst – ließ Helmut Kohl offen.

Mit feinen Abstufungen trat der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Kurt Faltlhauser, an die Öffentlichkeit. Überrascht worden sei er von den Problemen in der DDR nicht, widersprach er seinem Kanzler, nur „sehr erstaunt“ über „punktuell erhebliche Probleme“ im Osten.

Schließlich gab es auch jene Parteigenossen der Regierungskoalition, die sich unverblümt Wut und Ärger über

„Wer will, daß Leistung sich lohnt, muß FDP wählen.“

Jetzt suchte Lambsdorff in einem Acht-Seiten-Brief an die Führungskräfte seiner Partei von Orts- bis Bundesebene die verkehrte Welt zu erklären. Man habe sich „in der Gesamteinschätzung der weiteren Entwicklung geirrt“; die Probleme mit dem Eigentum im Osten, mit der Verwaltung, mit den Löhnen, die schneller steigen als die Produktivität – all das sei unterschätzt worden. Und dann: Eine Verweigerung der FDP, so läßt Lambsdorff schließlich die Gefahr eines Bruches der Bonner Koalition durchklingen, hätte „die Spielräume für künftige liberale Politik in Deutschland zerstört“.

Glaubwürdig sind weder Kohl noch sein Koalitionspartner. Nichts ist in den vergangenen drei Monaten geschehen, was unvorhersehbar eine plötzliche Katastrophe im Osten ausgelöst hat. Der Handel innerhalb der Länder des früheren Ostblocks sei unversehens zusammengebrochen, entschuldigte sich Kohl. Das habe die Betriebe und Arbeitsplätze in der Ex-DDR besonders getroffen. Allein die fünf größten Werften in Mecklenburg-Vorpommern, die 30 000 Menschen beschäftigten, seien zu 60 Prozent von sowjetischen Aufträgen abhängig. Von den ursprünglich rund 50 Milliarden Mark Exporten aus den neuen Ländern in den Ostblock blieben dieses Jahr gerade 8 Milliarden Mark übrig.

Alles richtig, und alles seit Monaten bekannt. Einen „spürbaren Rückgang des Handels mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern ab 1991“ sagten die Experten der Regierung im vorigen Oktober voraus, nachdem schon damals fast die Hälfte des ursprünglichen Handelsvolumens weggekippt war.

Und daß die frühere DDR zum Milliardengrab für westliches Geld würde, weiß man nicht erst seit Mitte Februar. Neu war nur, daß das Kanzleramt den Finanzbedarf am 22. Februar auf 22 Milliarden Mark bezifferte, 19 Milliarden für Deutschlands Osten und 3 Milliarden Mark für Kosten des Golfkriegs.

Als sich vorigen Montag die Koalitionäre im Kanzleramt zum Milliarden-Sammeln trafen, da war die Erhöhung der Mineralölsteuer bereits abgehakt. Bleihaltiges Benzin wird um 25 Pfennig, bleifreies um 22 Pfennig, Diesel um 10 Pfennig teurer. Außerdem steigen die Heizöl- und die Erdgaspreise. Die Erdgassteuer, von Kohl eingeführt und bis zum 31. Dezember 1992 befristet, erfährt nun das Schicksal der meisten einnahmewirksamen Provisorien: Die Steuer wird verlängert und bringt ab 1993 immerhin über



Kabinettskollegen Möllemann, Blüm: Die Hälfte arbeitslos?

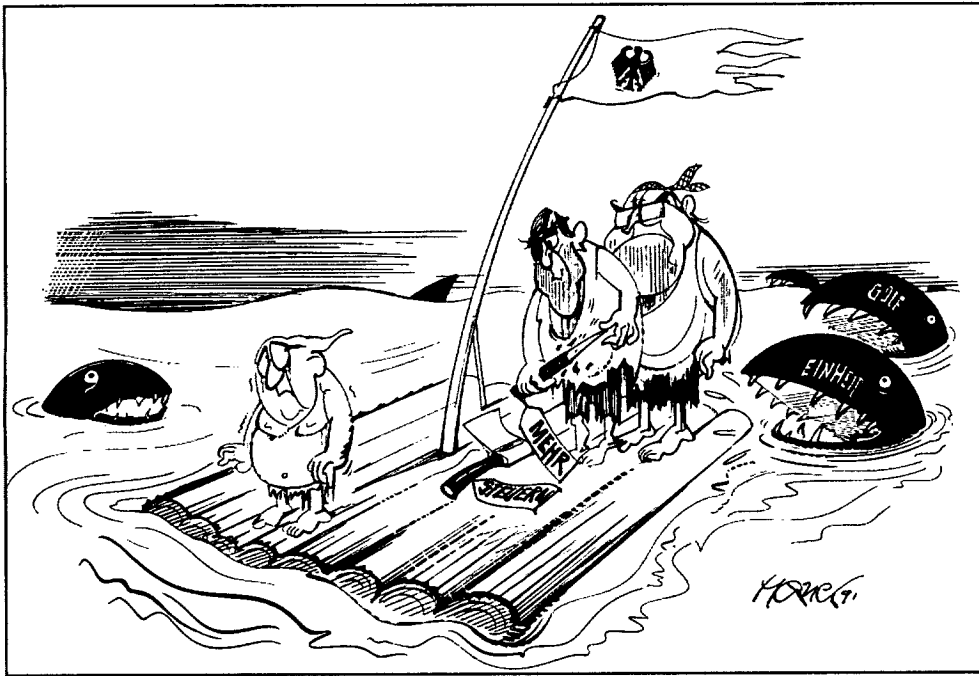
der das Verhalten der Kohl-Koalition mit der Vokabel „schamlos“ kommentiert hatte, sei jetzt fällig und werde abgelöst, hieß es im Kanzleramt. Triumphierend zeigte der Kanzler ein Schreiben von Ernst Cramer, in dem sich das Springer-Aufsichtsratsmitglied von der *Bild*-Attacke distanziert: Er schäme sich, daß so etwas im Hause Springer möglich sei.

Nach dem „größten und unverfrorensten Täuschungsmanöver seit Beginn der Bundesrepublik“ (SPD-Chef Hans-Jochen Vogel) versuchte die Bonner Wahl-Siegermannschaft aus CDU, CSU und FDP mit der eigenen Vergangenheit fertig zu werden – jeder auf seine Weise.

Er bleibe dabei, versuchten es Unverbesserliche wie der Finanzminister,

die hakenschlagenden Regierenden in Bonn von der Seele redeten. Ein „schlimmes Täuschungsmanöver“ nannte FDP-Vorstandsmitglied Hildegard Hamm-Brücher die Tat. FDP-Haushaltsexperte Wolfgang Weng bekannte, er habe geglaubt, was er im Wahlkampf gesagt und versprochen habe. Der aufrechte Freidemokrat: „Ich habe mich nicht getäuscht, ich fühle mich getäuscht.“

Wie Weng erging es der ganzen Republik. Besonders die Freidemokraten taten sich schwer, nicht aus der scharfen Kurve getragen zu werden, die sie vorige Woche nehmen mußten – exakt drei Monate nach den letzten kräftigen Wahlversprechen: „Wir sagen: Mut zur sozialen Marktwirtschaft statt Flucht in Steuererhöhungen.“ Oder:



„Es ist soweit, Kleiner!“

Rheinischer Merkur/Christ und Welt

1,9 Milliarden Mark im Jahr. Heizöl und Erdgas werden teurer, obwohl gerade diese beiden Energiearten als umweltfreundliche Heizquellen den Luftverpaster Braunkohle in der ehemaligen DDR ablösen sollen. Vergebens gaben Energie-Experten zu bedenken, daß „eine Erhöhung der Heizöl- und Erdgassteuer diesen Strukturwandel erschwert“. Es ging um Geld, nicht um Vernunft.

Die Anhebung der Mineralölsteuer vom 1. Juli an – gedacht, eine einmalige, vorübergehende Sonderbelastung des Haushalts zu decken – gilt jetzt unbegrenzt, mit rosigen Einnahmeausichten. Nach 6,2 Milliarden für das Halbjahr 1991 macht der Finanzminister, so die Hochrechnung, 1995 schon 18,1 Milliarden Mark Plus (siehe Grafik Seite 19).

Die gleichzeitige Anhebung der Kilometerpauschale um 15 Pfennig fällt da kaum ins Gewicht. Sie kostet, nach 200 Millionen in diesem Jahr, 1995 gerade 1,1 Milliarden Mark. Einen über das Geldsammeln hinausgehenden Sinn macht der Mineralölsteuer-Coup nicht. Die Bonner suchten gar keine Zuflucht zu Umweltargumenten.

Nun wird für die zweite Hälfte dieses Jahres und die erste Hälfte des kommenden die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit einem Zuschlag von 7,5 Prozent belegt. Das bringt, da die Einnahmen aus einem solchen Zuschlag allein dem Bund zustehen, 1991 und 1992 jeweils mehr als zehn Milliarden Mark in Waigels Kasse.

Verwundert nahm Rüdiger Pohl, Mitglied des Sachverständigenrates zur

Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Begrenzung auf zwei Halbjahre zur Kenntnis. Die Finanzlage werde sich so schnell nicht verbessern, so der Professor. Was kommt danach?

Die Bonner Steuererhöhungsmannschaft hat auch da vorgebeugt. Von 1993 an würden europaweit die Steuern harmonisiert, und dann müßten die Deutschen ihre niedrige Mehrwertsteuer von 14 Prozent ohnehin aufstocken. Ein Prozent bringt rund 13 Milliarden Mark, 8,5 für den Bund und 4,5 für die Länder.

Und die Begehrlichkeit ist nun geweckt: Er hoffe, so FDP-Chef Lambsdorff vorige Woche in neuer Ehrlichkeit, „daß es bei einem Punkt Mehrwertsteuererhöhung dann 1993 bleiben kann“.

Es hätte der Steuererhöhungen gar nicht bedurft, bemängelte vorige Woche der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Armin Feit, die Bonner Beschlüsse, „wenn man nur ein wenig den Willen zum Sparen gezeigt hätte“. Dieser Wille, das zeigte sich in der Koalitionsrunde am Montag erneut, ist wahrlich nicht ausgeprägt.

Als der vorlaute Möllemann nach dem Subventionsabbau fragte, riefen mehrere Kollegen dazwischen, er solle sich mal bei den Älteren in der Runde erkundigen, wie viele Regierungen und Politiker daran schon gescheitert seien. Waigel erinnerte daran, daß ja bei der Regierungsbildung schon der Abbau von 6,5 Milliarden Mark Subventionen beschlossen worden sei. Zur Gesichtswahrung beauftragte schließlich die Runde den Finanz-, den In-

nen- und den Wirtschaftsminister, aus dem Haushalt 1992 zehn Milliarden zu streichen.

Eine erste Durchsicht der Steuervergünstigungen im Hause Möllemann brachte ein mageres Ergebnis – gerade mal 1,7 Milliarden Mark. Von der gut eine Milliarde Mark, die die Steuerbefreiung von Sonn- und Feiertagszuschlägen kostet, könnten, so eine erste Überlegung, vielleicht 200 Millionen gestrichen werden. Der Freibetrag für alle Land- und Forstwirte steht zur Disposition (200 Millionen) wie die Bergmannsprämien in Höhe von 170 Millionen oder die Steuerbefreiung für Kraftomnibusse, die überwiegend im Linienverkehr verwendet werden (130 Millionen).

Fraglich ist, ob die ganze Steuererhöhungs-Operation überhaupt den erhofften

Zweck erfüllt – den Bundeshaushalt und die Ost-Wirtschaft zu sanieren. Skepsis ist angebracht. „Alles, was wir machen, nützt überhaupt nichts, wenn die Wirtschaft nicht ran geht“, befand vorige Woche ein Kanzlerberater skeptisch. Im Kanzleramt wird schon über den Fall nachgedacht, was denn zu geschehen habe, wenn nichts geschieht. Die zwangsweise Lenkung privater Investitionen in den Osten wird nicht mehr ausgeschlossen.

Die negativen Folgen für die Konjunktur: „Eine Steuererhöhung in der genannten Größenordnung kann nicht ohne Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung bleiben“, sagen die Ökonomen des Wirtschaftsministers voraus.

„Problematisch“ sind auch für den Wirtschaftsweisen Pohl die Berechnungsgrundlagen für den jetzt mit dem Steuerpaket gedeckten Finanzbedarf. Das Geld reiche nur dann, wenn über die nächsten Jahre hinweg das bundesdeutsche Wachstum anhalte.

Das aber ist fraglich. Mindestens ein halbes Prozent Wachstum wird das Steuerpaket kosten, so schätzt Hans-Jürgen Schmahl vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Die Verbraucherpreise werden durch die höheren Steuern um bis zu einen Prozentpunkt nach oben getrieben. Die positiven Effekte, die durch die Steuersenkung 1990 um 25 Milliarden Mark erreicht wurden, so analysieren auch Möllemanns Ökonomen, werden jetzt wieder beseitigt. Ihr Befund: „Der Westen der Bundesrepublik ist dann kein ausgeprägter Wachstumspol für Europa mehr.“